

Dresdner Volkszeitung

Verleger: Robert Zausing.
Haupt- u. Verlagsdruckerei: Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 5,00 M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 60 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinabgegebenen. Insetate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 242.

Dresden, Mittwoch den 16. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Wilson's Siegergesprache.

Washington, 14. Oktober. (Kreuzer.) Der Staatssekretär hat heute nachmittags dem internationalen Geschichtsschreiber der Schweiz, Dr. Berthold, die deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Rede bekanntgegeben:

Staatsdepartement vom 14. Oktober.
Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mit heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten im Januar 1918 und in seinen folgenden Besuchen niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags bezeugen die Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Anschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 1. und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß seine Angelegenheit von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheit und Würdigung für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Unterwerfung der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als Führer annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen als Kriegführender assoziiert sind, einmütigen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortzuführen, die ungeschlichen und unanständigen Praktiken auszuüben, bei denen sie sich verhalten. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre Unterwerfung damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken, und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen verpackt, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen unangenehmen Vorgehen aus Flandern und Frankreich einen Weg zur willkürlichen Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von Hunger, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland erklärten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unannehmlichen Handlungen, Forderungen und Behauptungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörender Furcht hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Rückwärtigen entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Haltung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Erklärung des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Rom veröffentlicht hat. Sie lautet wie folgt:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überaß, die für sich gehen und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlicher Unversöhnlichkeit (folgt eine Telegrammübersetzung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.“

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die nur dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bedingungen abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unvoreingenommen wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die Kaiserlich Königlich Regierung von Österreich-Ungarn abgeben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.
(R. Z. B.) Robert Zausing.

Die zwei Punkte.

Wilson's Antwort auf die deutsche Note ist für Deutschland eine Enttäuschung; seine Sprache ist plötzlich die des Siegers, der zum Besiegten spricht. Es ist darin das Aufstampfen mit der geharnischten Faust, wie sie ähnlich der deutsche General Hoffmann in Vrest-Divost zeigte. Was Wilson im Namen der Alliierten fordert, ist in zwei Punkte zu formulieren: er wünscht bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete, ehe der Waffenstillstand

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

wtb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 16. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern setzt der Feind seine Angriffe fort. Der Hauptstoß richtete sich auf Torhout und gegen die Bahn Hegem-Kortrijk. Auch gegen die übrige Kampffront führte der Feind vielfach durch Panzerwagen unterstützte heftige Angriffe. An einzelnen Stellen haben unsere Truppen ihre Linien behauptet, an anderen Stellen wurden sie kämpfend aus und weichen den Feind an rückwärtigen Stützpunkten vielfach durch Gegenstöße ab. Auf dem nördlichen Angriffspunkt blieb Torhout in unserer Hand. Versuche des Feindes, zwischen Berken und Torhout in nördlicher Richtung vorzustoßen, wurden in erster Linie durch Truppen der 38. Landwehr-Division verhindert. Südlich von Torhout haben wir die Linie Lichterfelde-Hegem gehalten. Südlich von Hegem gelang es dem Gegner, über die Bahn Hegem-Kortrijk hinaus vorzudringen. Deshalb der Bahn brachten wir ihn zum Stehen. Westlich und südwestlich von Lille setzten wir unsere Linien etwas vom Feinde ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Bohain und der Oise griff der Feind erneut nach starker Artilleriewirkung an. Nördlich der Straße Bohain-Aisonville hielten wir ihn durch unser Feuer nieder. Aisonville wurde nach heftigem Kampfe gegen den heftigen Stoß des Feindes und gegen den Ort selbst mit starken Kräften mehrfach anstürmenden Gegner gehalten. Auch der nördlich der Oise vorbedehnte feindliche Angriff schrittete vor unsere Linien. Die seit Wochen fast ununterbrochen im Kampfe stehende 6. bayerische Infanterie-Division zeichnete sich wiederum besonders aus. Kämpfe vor anderen neuen Stellungen nördlich und nordöstlich von Laon und westlich der Aisne, in denen wir dem Gegner vielfach schwere Verluste zufügten. Der Feind steht hier südlich der Serre und etwa in Linie Ruffe-Sissonne-Le Thour-St. Germaindoust. — In der Aisnefront Grundungsgefechte. Der zwischen Oisy und Grandpré auf Nontron entlang der Aisne vorspringende kleine Stellungsbogen wurde geräumt. Die dort kämpfende Truppe hat den Feind auch gestern wieder zu mehrfachen für ihn verlustreichen Angriffen veranlaßt und damit den mit dem vorübergehenden Falten des Bogens beabsichtigten Zweck voll erreicht.

Heeresgruppe Gallwitz.

Zwischen den Argonnen und der Maas sind erneute, heftige Angriffe der Amerikaner in unserem Feuer und an unseren Gegenstößen gescheitert. Der Feind hat auch gestern trotz Einsatzes weit überlegener Kräfte, starker Artillerie und trotz Unterstützung durch Panzerwagen nur wenig Gelände gewonnen. Nördlich von Ruvin, am Walde von Bantheville und nordöstlich von Canel fanden die Kämpfe bei Einbruch der Dunkelheit ihren Abschluß. Auf dem östlichen Waasufer verpfichteten sich die Truppen der Maas und nordwestlich von Beaumont gerichteten Angriffe in dem unübersehbaren Waldgelände in sehr heftige Teilkämpfe, die zu unseren Gunsten endeten. Der Amerikaner erlitt auch gestern wiederum außerordentlich schwere Verluste.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Erdber über die Kriegsanleihe:

Keine Regierung, kein Reichstag wird es jemals wagen dürfen, die Sicherheit der Kriegsanleihe anzutasten.

J. Erdber

gewährt wird, und er fordert die Aenderung unserer Staatsform. Zur Begründung dieses Eingriffsversuchs in unsere inneren Angelegenheiten verweist er auf seine Rede vom 4. Juli, in der er als eine der Friedensbedingungen den Satz aufstellt: „Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht, die es in Händen hat, allein, geheim, aus eigener Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören oder, falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Entwürdigung bis zu tatsächlicher Ohnmacht.“

Die Mächte, die nach vor kurzem das Schicksal der deutschen Nation bestimmten, sind mit Einführung der parlamentarischen Regierung entthront worden. Die Entente gibt sich jedoch nicht damit zufrieden, mit dem Reichstag ernannten und vom Vertrauen des deutschen Volkes getragenen Vertretern verhandeln zu können — Wilson's zweite Forderung zielt gegen die Dynastie der Hohenzollern. Wir Sozial-

demokraten haben uns schon vor dem Kriege zur republikanischen Staatsform bekant. Die erbliche Thronfolge, die zum Denker der Nation den Spruch des jetzigen Herrscherhauses unbeschadet etwaiger Mängel des Geistes oder Charakters bestimmt, widerspricht der menschlichen Vernunft. Wir können uns zwar denken, daß eine Bourgeoise-Republik für die arbeitenden Massen bedeutlicher sein kann, als eine Monarchie, die dem Volke das parlamentarische Bestimmungsrecht überläßt: wir würden darum für Deutschland auch eine Staatsform nach englischem Muster als einen mächtigen Fortschritt ansehen, der in der Richtung einer Entwicklung liegt, wie sie jetzt in Deutschland mit Stürmschritten eingeleitet hat; einer Entwicklung, die von den Anhängern der entthronten Mächte nicht mehr aufzuhalten ist. Wilson's Eingriff in Deutschlands Erneuerung ist also nicht nur überflüssig, sondern verliert auch gegen das von ihm oft betonte Recht der Nationen, Staatsform und Schicksal nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Aber wem es sich darum handelt, dem Frieden einen letzten Stein des Anstoßes aus dem Wege zu räumen, so wird das deutsche Volk die Tringlichkeit der Wilson'schen Forderung nicht übersehen können. Wir wählen auch nicht, durch das sich irgenbeld Herrscherhaus um das deutsche Volk so verdient gemacht hätte, daß Millionen deshalb ihr Blut versprechen müßten.

Anders steht es mit dem amerikanischen Präsidenten erster Forderung, die auf bedingungslose Räumung Belgiens und Nordfrankreichs hinausläuft. In Ententeblättern wird sogar die Auslieferung unter Grenzstützpunkte vor Waffenstillstand und Friedensverhandlungen gefordert. Das sind Bedingungen, wie sie der Besiegte annehmen muß. Wiegt Deutschland am Boden? Nein! Es kämpft einen harten Kampf und viele von uns halten ihn für aussichtslos. Aber es kann noch erbitterten Widerstand leisten, ehe es die Bedingungen des Siegers schlucken müßte. Es gibt für uns noch einen nationalen Widerstand, der die letzten Kräfte zusammenbringt. Das sollten unsere Gegner nicht vergessen! Die Aufgabe des einsichtigeren Teils der französischen, englischen, italienischen und amerikanischen Bevölkerung wird es zur Stunde sein, ihren Staatslenkern zu Gemüte zu führen, daß jede harte Zurückweisung unfres Friedenswillens ein unheilbares Verbrechen ist und mit Wilson's bisherigen Worten in schreiendem Widerspruch steht.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben den Machthabern in allen Situationen des Krieges die Sprache der Vernunft gebredigt. Wir haben uns für die Gerechtigkeit verweigelt kämpfender Völker am energischsten in den Stunden ihres Zusammenbruchs eingesetzt. Wir haben nach dem für die Mittelmächte siegreichen serbischen Feldzug gefordert, daß Serbien auf der Grundlage des Verständigungsfriedens wieder hergestellt wird. Wir haben einen energischen Kampf gegen den Vresler Geiselnfrieden geführt. Wir haben während der Bukarester Friedensverhandlungen eindringlich verlangt, daß das rumänische Volk nicht der Sünden seiner herrschenden Klasse wegen in wirtschaftliche und politische Schmachte geführt wird. Um so nachdrücklicher müssen wir unsere Stimme erheben gegen einen Siegerjargon, wie ihn die Entente durch Wilson im Verkauf dieses Notenwechsels entwirrt läßt.

Sicher tragen unsere herrschenden Klassen wie die der übrigen Großstaaten ein gerüttelt Maß Schuld an der Entfesselung des Weltkrieges. Aber das deutsche Volk hat nach Ausbruch der Katastrophe durch keine Wortführer nie einen Zweifel darüber gelassen, daß es jede Stunde zu einem für alle Teile annehmbaren Frieden bereit ist und nur um seinen Bestand kämpft. Und wenn ein Volk so tapfer um seine Existenz gerungen hat wie das deutsche Volk in vier blutigen Jahren, darf es vom Gegner mindestens die Sprache der Achtung fordern. Wilson ergeht sich, um die Schroffheiten seiner Antwort zu begründen, in Anklagen über Deutschlands Kriegführung. Aber er muß wissen, daß die englischen Ausbürgerungsabsichten um nichts menschlicher sind als der verheerendste U-Bootskrieg, und daß Furchtbarkeiten, wie sie sich gegenwärtig in den Rückzugsgebieten des Westens abspielen mögen, vom Kriege untrennbar sind. In Wilson's Mund ist es gegeben, alle diese Greuel, die ihm angeblich so wertvoll sind auf der Seele brennen, mit einem Satzlage unmöglich zu machen.

Für die deutsche Regierung ist die vielleicht schwerste Stunde des letzten Kriegsabschnittes gekommen. Sie muß entscheiden, was wir auf Wilson's Forderung nach bedingungsloser Räumung antworten können. Das hängt von militärischen Kräfteverhältnissen ab, die wir zu wenig beurteilen können, als daß wir die bevorstehende Berliner Entgegnung beeinflussen möchten. Es handelt sich ja bei diesen letzten entscheidenden Fragen auch nicht um Deutschland allein, sondern die Lage in Österreich-Ungarn und in der Türkei spricht dabei ein gewichtiges Wort mit.

Nach sind die Wege zwischen Wilson und den Zentralmächten nicht verknüpft. Wir geben deshalb die Hoffnung nicht auf, daß eine weitere Aussprache und Annäherung möglich ist.

Seite 8
m
K Co.
Mitz
m
ter
n Hüte
l und
weisen
klicher
Baum-
pe
broda.
mmtis, des
laagreit
Ruglieb
teuscheke
ein W
leitung.
16. Oktober
denbrat
caurige Roh-
r Water
ert
angehörig
mitag 3 Ubr
W 114
eige Stadtrath
Oktob 1918
n
lebenen:
u. Wälder
häger Toile
TW 48
Schuck
[B102]
men der steh